



Stellungnahme

(beschlossen auf der Diözesankonferenz der KjG München und Freising
am 8. Juli 2018)

„Wir als Katholische junge Gemeinde München und Freising kritisieren das aktuelle politische Agieren der Christlich Sozialen Union (CSU) aufs Schärfste. In den letzten Monaten mussten wir einen Diskurs beobachten, der den Fokus immer mehr nach rechts verschiebt.

Ein bisheriger Tiefpunkt dieser Entwicklung war die Debatte um einen „Masterplan Migration“, die das Scheitern der Bundesregierung in gefährliche Nähe gerückt und das derzeit bereits belastete Gerüst der Europäischen Union weiter ins Wanken gebracht hat.

Als basisdemokratischer, katholischer Verband von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen sehen wir uns nach unseren Grundlagen und Zielen daher zu einer Stellungnahme gezwungen.

Besonders kritisch sehen wir die Art und Weise der politischen Diskursführung. Immer stärker wird mit einer von falschen Simplifizierungen geprägten und affektschürenden Sprache gearbeitet. Gerade in dem besonders sensiblen und komplexen Feld von Flucht und Asylsuche ist eine solche Sprache gefährlich und irreführend. Den Bürger*innen wird damit nicht nur eine voreingenommene Wertung aufgedrängt, sondern auch die Fähigkeit des eigenständigen Verstehens und der individuellen Urteilsbildung abgesprochen. Dies widerspricht nicht nur unserem Verständnis von demokratiefördernder Kommunikation, sondern auch dem des christlichen Menschenbildes entspringenden Prinzip der Selbstbestimmung.

Wir fordern die CSU daher auf, ihrer Verantwortung als aktueller Regierungspartei im Bund und in Bayern und damit der Vertretung aller Menschen gerecht zu werden. Es muss sich der Anliegen der Bevölkerung in ihrer Gänze und Vielfalt ernsthaft angenommen werden. Dafür benötigt es eine inhaltliche Öffnung des politischen Diskurses, die die Vielzahl zukunftsrelevanter Themen widerspiegelt, eine verantwortungsbewusste und informierende Kommunikation, die Sachverhalte in ihrer Komplexität darstellt, und das Vertrauen in die Mündigkeit der Wähler*innen.

Als Christ*innen stellen wir in Frage, ob die – immerhin namensgebenden – christlich-sozialen Prinzipien das politische Handeln der CSU noch leiten und tragen.

Für uns sind Toleranz und Vielfalt, Nächstenliebe, Humanität und die Achtung der Menschenwürde die Grundpfeiler unseres Zusammenlebens.

Wir setzen uns daher dafür ein, dass diese Werte auch in Zukunft das Fundament unserer Gesellschaft bilden.“